

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Wir klagen an“: Delegation zur EU-Kommission

## Die Zerstörung des Gesundheitssystems in ganz Europa muss gestoppt werden!

### Deutschland:

„Ärzte drohen mit dem Aufstand“ gegen die Gesundheitsreform der Großen Koalition unter Merkel und haben zu einem bundesweiten Aktionstag am 4. 12. 06 aufgerufen: Fach-, wie stationäre und Hausärzte beteiligen sich an den Protestaktionen, ebenso die KlinikmitarbeiterInnen und PflegerInnen. Das Krankenhausbudget soll um 1,25 Mrd. Euro gekürzt werden, 25% der Krankenhäuser sollen geschlossen werden.

Die Apotheker, die seit Anfang November zu mehreren 10.000en in verschiedenen Bundesländern an Protestdemonstrationen und –veranstaltungen teilgenommen haben, warnen vor dem „Apothekenvernichtungsgesetz“. Sie rechnen mit einem massiven Stellenabbau, allein in Hessen z.B. seien 1/3 der gut 10.000 Arbeitsplätze gefährdet.

Der Aktionstag am 4. 12. schreibt sich ein in die Welle der Protestaktionen und Streiks von Ärzten und Krankenhausbeschäftigten zur Verteidigung einer verantwortungsvollen Gesundheitsversorgung.

Er folgt auf die Demonstrationen der 220.000, die auf den Aufruf des DGB am 21. 10. in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München gegen die Gesundheitsreform auf die Straße gegangen sind.

Über 2500 haben den Offenen Brief an die SPD-Bundestagabgeordneten unterstützt: „Weg mit der Gesundheitsreform! Stimmt mit Nein.“ GewerkschafterInnen und Delegiertenkonferenzen von ver.di fordern vom DGB die Mobilisierung für eine vereinte Demonstration aller DGB-Gewerkschaften in Berlin vor der Abstimmung im Bundestag (die frühestens für Mitte Januar vorgesehen ist), damit dieses „Paket vom Tisch kommt“.

**Nicht nur in Deutschland – in ganz Europa** wächst die Protestbewegung

von Ärzten, Beschäftigten im Gesundheitswesen, von Gewerkschaftern gegen die Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme.

**In Großbritannien** haben in einer Stadt 130.000 Bewohner eine Petition gegen die Schließung ihres Krankenhauses unterzeichnet, in einer Situation, wo das nach dem Krieg aufgebaute öffentliche Gesundheitswesen (NHS) buchstäblich geschliffen und privatisiert wird.

**In Frankreich** vergeht keine Woche, ohne dass die Bevölkerung dieser oder jener Stadt sich mit ihren lokalen Abgeordneten gegen die Schließung von Gesundheitseinrichtungen mobilisiert.

**In Italien** gab es in den letzten 2 Jahren zwei Generalstreiks, an denen sich 95% der Ärzte beteiligt haben, gegen Schließungen und die Verkäufe von Krankenhäusern im Zuge der Regionalisierung. 10 Mrd. Euro will die Regierung Prodi allein im Gesundheitswesen kürzen.

**Eine Politik in ganz Europa** – im Namen des Stabilitätspaktes, der „Senkung der Lohnnebenkosten“, diktiert die EU eine drastische Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen, die Privatisierung der Krankenhäuser.

Die EU diktiert im 21. Jahrhundert allen Regierungen das, was sie den Umbau der Sozialsysteme nennt, was aber in Wirklichkeit die Zerstörung grundlegender zivilisatorischer Errun-



4. 12.: Demonstration von Klinikbeschäftigten und Apothekern in Wiesbaden gegen die Gesundheits„reform“

genenschaften bedeutet, die im Nachkriegseuropa erkämpft wurden.

Ärzte, Beschäftigte im Gesundheitswesen, GewerkschafterInnen aus verschiedenen europäischen Ländern haben den Vorschlag gemacht, sich mit einem europaweiten Alarmaufruf zu Wort zu melden und eine Delegation nach Brüssel vorzubereiten.

Wir rufen unsere LeserInnen auf, den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten und an den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zu unterstützen: **„Für das Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten zur Gesundheitsreform! Für eine zentrale Demonstration in Berlin, die diese zerstörerische „Reform“ stoppen kann.“**

**Sammelt dafür Unterschriften und Erklärungen.**

**Lasst uns diese Initiativen und ein Memorandum der Anklage gegenüber der EU-Kommission aus Deutschland in die Delegation nach Brüssel einbringen.**

## Die neue Dienstleistungsrichtlinie (Ex-Bolkestein) wurde verabschiedet

### Die Tatsachen

Am 15. November hat das Europäische Parlament endgültig in 2. Lesung die neue Version der Richtlinie „über die Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt“ verabschiedet. Es handelt sich dabei um die berüchtigte Bolkestein-Richtlinie, so benannt nach dem ehemaligen Europäischen Kommissar, der sie eingebracht hatte. Unter der Präsidentschaft von Romano Prodi wurde sie am 13. Januar 2004 zum ersten Mal vorgeschlagen.

Der am 15. November verabschiedete Text übernimmt wortwörtlich, ohne Änderungen, den Text des Europäischen Ministerrats vom 24. Juli 2006.

Die gesamte Presse hat behauptet, die Richtlinie sei im Vergleich zur Bolkestein-Version „ihrer Substanz beraubt“ worden. Die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt als Berichterstatterin vor dem Europäischen Parlament ging sogar so weit zu sagen: „Die lange Arbeit in den letzten Jahren war die Anstrengung wert. Der Text hat nichts mehr mit der Bolkestein-Richtlinie zu tun.“ Doch wie sieht es tatsächlich aus?

Andere im Europäischen Parlament haben gegen den Text gestimmt, besonders die Gruppe der „Europäischen Linken“, oder rufen wie die KPF zu einer Mobilisierung gegen die Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen (Ex-Bolkestein-Richtlinie) auf.

Doch kann man die Tatsache leugnen, dass diese Richtlinie, wie alle anderen, völlig im Rahmen der EU-Institutionen und der Verträge von Maastricht und Amsterdam steht?

Die erste Erwägung im Richtlinien-text, der am 15. November verabschiedet wurde, ist da völlig klar: „Gemäß Artikel 14, Abs. 2 des Vertrags (EGV von 2003) umfasst der Binnenmarkt einen freien Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Dienstleistungen gewährleistet ist. Gemäß Artikel 43 des Vertrags ist die Niederlassungsfreiheit zu garantieren. Artikel 49 des Vertrags verbietet die Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft.“

Kann man also ernsthaft die neue Richtlinie von den anderen isoliert sehen? Ist es nicht der Baum, der den Wald verdeckt?

**Kann man ernsthaft zu einer Mobilisierung gegen die „Dienstleistungs“-Richtlinie aufrufen, ohne direkt den Rahmen der EU und der Verträge von Maastricht und Amsterdam in Frage zu stellen?**

### Wie steht es um das Herkunftslandprinzip?

Auf einen Punkt hat sich die Opposition gegen die Bolkestein-Richtlinie besonders konzentriert: auf das sog. Herkunftslandprinzip. Es wurde zu Recht verurteilt, weil es bedeutet, dass ein Dienstleistungsunternehmen sich in einem beliebigen Land niederlassen könnte. Ausgegangen aber wurde nur von den Gesetzen des Herkunftslands (Stammsitz), und nicht von denen des neuen Landes.

Im Klartext könnte z.B. ein Dienstleistungsunternehmen aus Polen eine Filiale in Deutschland aufmachen, ohne die

deutschen Gesetze zu beachten.

Das Wort „Herkunftslandprinzip“ ist aus der neuen, verabschiedeten Richtlinienversion verschwunden. Doch nirgendwo wird das Gegenteil verlangt, nämlich die Beachtung der Gesetzgebung des „Gastlandes“.

Im neuen Artikel 16 mit der Überschrift „Dienstleistungsfreiheit“ heißt es: „Die Mitgliedstaaten achten das Recht der Dienstleistungserbringer, Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen ihrer Niederlassung zu erbringen. Der Mitgliedstaat, in dem die Dienstleistung erbracht wird, gewährleistet die freie Aufnahme und freie Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten innerhalb seines Hoheitsgebiets.“

Diese Formulierung lässt also alle Interpretationen offen, die später vom Gerichtshof entschieden werden müssen.

### Zum Inhalt:

Für die vereinte Demo der DGB-Gewerkschaften in Berlin:

Die Gesundheitsreform muss vom Tisch

Für das Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten

Berliner SPD/PDS-Senat für „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“

USA: Zur Wahlniederlage von Bush

### IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

REDAKTIONSSCHLUSS: 21. 12. 06

NR. 156 erscheint am 04. 01. 2007

### Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie  
Postfach 120 755; 10597 Berlin  
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62  
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

### Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,  
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-  
hard Krupp, Volker Prasuhn,  
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,  
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

### HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast  
Nordrhein-Westfalen:  
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,  
Bodo Schoo, Beate Sieweke,  
Tina Hauptmann  
Mecklenburg-Vorpommern:  
Lothar Hesse  
Sachsen:  
Gaby Hahn, Cornelia Matzke  
Sachsen-Anhalt:  
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,  
Hans Günther Rinkleib

### Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

### Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

### Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin

Henning Frey (SPD)

## Über 2500 Unterzeichner unter den Offenen Brief

SCHON mehr als 2500 Unterzeichner haben den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten unterstützt, der diese zum Nein bei der Abstimmung über die Gesundheitsreform auffordert.

Diese Abstimmung ist jetzt noch einmal vom 15. 12. auf einen noch nicht näher festgelegten Termin im Januar verschoben worden. Das ist ein erster Erfolg, eine Reaktion auf die Proteste, aber noch kein Sieg.

Auch in den Gewerkschaften weitet sich die Diskussion aus. Auf Delegiertenkonferenzen wurden Anträge und Resolutionen für eine vereinte Demonstration des DGB und seiner Einzelgewerkschaften in Berlin verabschiedet, um die Gesundheitsreform zu verhindern. Auch ein Offener Brief an den DGB-Vorsitzenden Sommer mit dieser Forderung, der sich auch auf das notwendige Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten bezieht, hat schon ein breites Echo gefunden.

In der SPD-Fraktion wird offensichtlich intensiv diskutiert. Die monatelangen Proteste, die vielen Forderungen an die Abgeordneten, die immer deutlichere Ablehnung der Gewerkschaften, die 220.000 bei den DGB-Kundgebungen am 21. Oktober, sind nicht ohne Auswirkungen geblieben. Auf diese Entwicklung reagiert jetzt offensichtlich Ulla Schmidt und spricht von der Möglichkeit von Veränderungen in den parlamentarischen Verhandlungen, ohne das Wesentliche in Frage zu stellen.

Doch wohin sollen die Verhandlungen führen?

Als der DGB am 22. November eine Expertenanhörung mit Vertretern der Bundestagsparteien in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt durchgeführt hat, geriet Elke Ferner, die dort als Vertreterin der SPD-Fraktion anwesend war, zunehmend unter Druck, da klar wurde, dass die Reform für die Gewerkschaften und auch die SPD unakzeptabel ist: „Der ganze gewerkschaftliche Unmut wurde bei den Koalitionsvertretern abgeladen. Für die Union ließ ihn Willi Zylajew an sich abprallen. Während er stoisch die Koalitionslinie verteidigte, rückte die SPD-Frau inhaltlich und auch physisch immer mehr von ihrem Regierungspartner ab und distanzierte sich auch vom Reformkompromiss. Immer öfter ließ sie durchblicken, dass mehr eben nicht zu machen gewesen sei.“ (ND, 24. 11. 2006)

Ihre Verweise darauf, dass die „SPD

durchgesetzt“ habe, „dass im Risikostrukturausgleich der Krankenkassen neben dem Alter und dem Geschlecht auch die Krankheiten der Mitglieder berücksichtigt würden, und zwar in weit größerer Zahl, als dies von der Union gewollt gewesen sei“, konnten niemanden überzeugen.

Für keinen Gewerkschafter und keinen Sozialdemokraten ist ersichtlich,

wie in der Koalition mit der CDU das Gesundheitswesen „verteidigt“ werden kann. Nur das Gegenteil kann der Fall sein, wie jeden Tag immer klarer wird.

Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, Initiativen und Aktionen, die die SPD-Abgeordneten auffordern, mit Nein zu stimmen. Wir rufen auf, die Unterschriftensammlung unter den Offenen Brief weiter fortzuführen.

### Ver.di-Delegiertenkonferenzen fordern eine vereinte Demonstration des DGB in Berlin für die Rücknahme der Gesundheitsreform

In den Gewerkschaften führen die Kolleginnen und Kollegen nach dem 21. Oktober die Diskussion darüber, wie der Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition weitergeführt werden kann.

Diese Diskussion hat auch in Delegiertenkonferenzen von ver.di Einzug gehalten, die jetzt im Rahmen der Organisationswahlen im Vorfeld des Gewerkschaftstages im Herbst kommenden Jahres stattfinden.

#### Beschluss der ver.di-Bezirkskonferenz Berlin, 18. 11. 2006

»Die ver.di-Bezirkskonferenz Berlin wendet sich an den Bundesvorstand des DGB sowie die Vorstände der Einzelgewerkschaften mit der Aufforderung, vor der geplanten Verabschiedung der Gesundheitsreform am 15. Dezember im Bundestag für eine vereinte Demonstration nach Berlin zu mobilisieren.

#### Begründung:

Ver.di, die Mehrheit der Bevölkerung,

lehnen die Gesundheitsreform ab. (...)

Der DGB hat für die Woche vom 2.-10. Dezember zu einer zentralen Aktionswoche aufgerufen.

Der Kollege Bsirske hat angekündigt, die Mobilisierung des Widerstands in die Betriebe zu tragen.

Die Regierung der Großen Koalition stellt sich blind und taub. Sie will – gegen alle Widerstände – dieses Gesetz durchpeitschen.

In dieser Situation hält es die ver.di-Bezirkskonferenz für absolut dringlich, diejenigen Parlamentarier, die sich gegen die „Reform“ wenden und wenden wollen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, damit „dieses Paket vom Tisch kommt“ – endgültig!«

**Die Landesfachbereichskonferenz für das Gesundheitswesen in NRW** beschloss ebenfalls am 18. 11. in Oberhausen in einer Resolution die Forderung nach einer zentralen Demonstration.

### 25. 11. 2006: Ver.di-Bezirksdelegiertenkonferenz in CHEMNITZ beschließt die Forderung nach einer vereinten Demonstration in Berlin

Als Delegierte brachte ich den schon in Berlin verabschiedeten Antrag „Die Gesundheitsreform muss vom Tisch“ auch in Chemnitz ein.

In kürzester Zeit fanden sich die notwendigen 20 Unterstützerunterschriften, die bei 79 anwesenden Delegierten erforderlich waren.

Der Antrag wurde von der Antragskommission ausdrücklich begrüßt und mit 1 Enthaltung verabschiedet. Auch die beiden weiteren wichtigen Anträge zur Verwaltungsreform in Sachsen und zum TVöD §11 wurden verabschiedet.

Zwischendurch habe ich mit einigen Teilnehmern der Konferenz über die Unterstützung der Unterschriftensammlung an die Bundestagsabgeordneten „Die Gesundheitsreform muss weg“ gesprochen und 39 Unterzeichner gefunden. Es

waren sowohl hauptamtliche Funktionäre als auch Delegierte. Einige haben Listen in ihre Betriebe mitgenommen, um weiter zu sammeln.

Auch W. Anschütz, Landesbezirksleiter Sachsens, und H. Becherer, DGB-Vorsitzende von Chemnitz, verwiesen auf die schlimmen Auswirkungen der Gesundheitsreform und kündigten weitere Aktionen an. So wird es am 05. 12. eine Konferenz vom DGB in Chemnitz geben, die eine entsprechende Resolution verabschieden soll.

Es wurde u.a. auf die schlimme Situation im Klinikum GmbH hingewiesen und auf den Austritt aus dem Arbeitgeberverband. Erneut sind Entlassungen geplant. Das wird sich mit der geplanten Gesundheitsreform weiter verschärfen.

**Gaby Hahn (SPD, AfA-Landesvorstand)**

## GESUNDHEITSREFORM: Soll man die Hoffnung auf die „parlamentarischen Verhandlungen“ setzen?

### Acht großen Krankenkassen droht die Pleite

Die nicht enden wollenden Proteste und Demonstrationen gegen die von der Großen Koalition geplante Gesundheitsreform machen die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion mehr und mehr unsicher. Zuletzt wurden viele SPD-Abgeordnete noch durch die Befürchtungen des Bundesversicherungsamts und des Verbandes der Ersatzkrankenkassen alarmiert, die eine Pleitewelle unter den Kassen vorhergesagt haben. Der Grund dafür: Im Entwurf für die Gesundheitsreform ist vorgesehen, dass die Krankenkassen künftig wie private Unternehmen zahlungsunfähig werden können.

Die Ersatzkassen warnten davor, dass nach ihren Berechnungen mindestens acht große Versorgerkassen schon 2009 betroffen sein werden, da die pauschalen Zuweisungen aus dem Fonds nicht ausreichen, um die Ausgaben für ihre Versicherten zu finanzieren. Die Insolvenz drohe selbst auch für den Fall, dass diese Kassen den einprozentigen Zusatzbeitrag von ihren Krankenkassenmitgliedern erheben würden. Für die Versicherten hieße das, dass sie von heute auf morgen ihren Versicherungsschutz verlören!

Der DGB hat in seiner Stellungnahme zu den Bundestagsanhörungen zur Gesundheitsreform die Tatsache, dass die Kassen unter das privatwirtschaftliche Insolvenzrecht fallen sollen, schon als eine Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung bezeichnet.

„Aufgeschreckt durch Berechnungen der Ersatzkassen, denen zufolge bei Einführung des Fonds nicht nur Kassenpleiten drohen, sondern auch rund 30 Millionen Versicherte vom ersten Tag an einen Zusatzbeitrag zahlen müssten, wächst vor allem bei der SPD-Linken der Widerstand gegen den Gesundheitsfonds als Ganzes. Der Sprecher der parlamentarischen Linken, Ernst Dieter Rossmann, forderte deshalb, über die verbindliche Einführung des Fonds erst im August 2008 zu entscheiden und den Reformentwurf entsprechend zu ändern. „Die Empörung der Bürger wird wachsen, je klarer wird, dass der Einheitsbeitrag zur Finanzierung des Fonds mit über 15 Prozent deutlich höher sein wird als der Kassenbeitrag heute und zudem 50 Prozent der 60 Millionen Versicherte auch noch einen Zusatzbeitrag zahlen müssen“, sagte Rossmann dem Handelsblatt. Das hätten viele Abgeordnete der Koalitionsparteien noch gar nicht begriffen.“ (Handelsblatt, 12. 11. 2006)

### Ulla Schmidt bietet „Verhandlungen“ an

Aufgrund des Widerstandes in der SPD-Bundestagsfraktion musste Ulla Schmidt, die verantwortliche Ministerin, am 21. November bekannt geben, dass die Abstimmung nicht mehr in diesem Jahr stattfinden könnte. Zugleich kündigte Ulla Schmidt in der »Wirtschaftswoche« an, dass Änderungen an der vorliegenden Reform noch möglich wären.

Dieses „Angebot“ von Ulla Schmidt richtet sich offenbar an die Adresse derjenigen SPD-Bundestagsabgeordneten, die jetzt noch Verbesserungen im Rahmen der parlamentarischen Verhandlungen erreichen wollen, wie z.B. die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner, die sich in der Vergangenheit die Kritik an der Reform teilweise zu eigen gemacht hatte.

Doch was soll das Ergebnis dieser Verhandlungen sein?

In ihrer Bundestagsrede am 25. 10. sagte Elke Ferner: „Aus meiner Sicht gibt es keine Alternative zur solidarischen Krankenversicherung.“

Das ist richtig, aber beruht die Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht auf den Grundsätzen der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber, deren Beiträge einen indirekten Lohnanteil der Arbeitnehmer sind? Beruht die Solidarität nicht auf der öffentlich-rechtlichen Rechtsform der Krankenkassen? Beruht die Solidarität nicht auf der Selbstverwaltung der Krankenkassen?

Ulla Schmidt hat bei allen Verhandlungsangeboten unmißverständlich klargestellt, „an der Grundausrichtung werde sich aber nichts ändern“ (fr-online, 19. 11. 2006). Nicht einmal vom Ziel, dass die Kassen pleite gehen können, rückt sie ab, sondern schlägt eine „Übergangsfrist von zehn Jahren“ vor, bis die Privatisierung der Kassen voll greift! Ganz zu schweigen von dem Gesundheitsfonds und dem Zusatzbeitrag, die von ihr in keiner Weise in Frage gestellt werden.

Es gibt keine andere Möglichkeit für SPD-Abgeordnete, die die Solidarität verteidigen wollen, als Nein zu sagen und mit Nein zur Gesundheitsreform zu stimmen! - H. F.

### Kann man Hoffnungen in die Große Koalition schüren, so wie es DieLinke.PDS macht?

Mit Verwunderung haben wir eine Stellungnahme des gesundheitspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Frank Spieth, zur Kenntnis nehmen müssen. Frank Spieth sagt u.a. in seiner Erklärung:

„Die Bundesregierung müsste sich schon nach dem ersten Teil der Anhörungen zur Gesundheitsreform darüber klar werden, dass nur durch deutliche Änderungen am Gesetzespaket Verfassungskonformität hergestellt werden kann. Andernfalls droht die Transformation der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu einem System des privaten Versicherungswesens. Die geladenen Experten äußerten wie DIE LINKE. heftige Kritik an den Plänen, Elemente der privaten Versicherungswirtschaft in die GKV einführen zu wollen. Bei dieser Anhörung wurde die soziale Blindheit, mit der diese Reform bisher betrieben wurde, überdeutlich.“

Frank Spieth ist neben seiner Eigenschaft als gesundheitspolitischer Sprecher der PDS auch noch Landesvorsitzender des DGB in Thüringen. Bei dem, was er hier schreibt, werden sich allerdings nicht nur die Kollegen in Thüringen fragen, wer eigentlich, außer ihm selbst, daran glauben soll, dass die Große Koalition

„deutliche Änderungen“ an der Gesundheitsreform vornehmen wird? Ist nicht das ganze Denken und Trachten der Koalition gerade darauf ausgerichtet, die Gesundheitsreform ohne Änderungen in den Kernpunkten – das heißt Bildung des Fonds, Aufhebung der Parität, Aushebelung der Selbstverwaltung, staatlicher Griff nach den Beiträgen und Einführung von Zusatzbeiträgen der Versicherten – durchzusetzen?

Davon spricht Frank Spieth in seiner Stellungnahme nicht. Stattdessen geht er davon aus, dass die Gesundheitsreform schon so gut wie verabschiedet ist, wenn er „resignierend“ feststellt:

„Jetzt bleibt nur noch die Hoffnung, dass wenigstens das geballte Expertenwissen die Regierung von ihrem bisherigen Kurs abbringen kann. Noch ist diese Reform zu stoppen!“ Das Expertenwissen wird die Regierung bestimmt nicht stoppen.

Weil sie das wissen, haben viele Kollegen jetzt eine Fortsetzung der Mobilisierung des DGB gefordert oder richteten sich an die SPD-Abgeordneten mit der Forderung an sie, dass sie die Gesundheitsreform in der Abstimmung im Bundestag ablehnen. - H. F.

## 350 Leverkusener Bürger fordern von ihrem Oberbürgermeister, dass er von der SPD-Führung die Rücknahme der Gesundheitsreform verlangt !

**L**everkusen, die Stadt des Sitzes des Bayer-Konzerns, ist massiv von der Arbeitsplatzzerstörung betroffen. Erst vor zwei Jahren wurde das Bahnausbesserungswerk Opladen geschlossen. Die Bayer-Konzernspitze zerlegt den Konzern in Einzelunternehmen und will auf diesem Weg seine „Industriedienstleistungen“, also die Beschäftigten loswerden, die bisher die Aufrechterhaltung der Anlagen durchgeführt haben. Ein weiterer Industriebetrieb, TMD Friction, will sein Leverkusener Werk nach Rumänien verlegen.

In dieser schwer gebeutelten Stadt droht jetzt auch noch die Vernichtung von 400 Arbeitsplätzen im städtischen Klinikum, das vor einiger Zeit in eine sog. „gemeinnützige GmbH“, also in eine private Rechtsform, überführt worden ist. Auf diese Weise will die Klinikleitung darauf reagieren, dass die Finanzierungsbasis des Krankenhauses sich durch die politischen Maßnahmen der verschiedenen Gesundheitsreformen immer weiter verschlechtert hat. Allein die Pläne für die Gesundheitsreform, die im Moment unter der Großen Koalition im Bundestag verhandelt wird, haben zur Folge, dass dem Klinikum weitere 900 Millionen Euro an Kürzungen drohen. Deshalb verlangt die Klinikleitung jetzt von den Beschäftigten in den Arbeiterbereichen des Krankenhauses den Verzicht auf 40% (!) des Lohns. Bei Ablehnung droht ihnen die Kündigung bis Mitte Dezember.

Die Vertrauensleute des Klinikums und die Gewerkschaft ver.di riefen deshalb am Montag, den 13. 11., vor dem Tor 1 des Bayerwerkes zu einer Demonstration auf, wo sie sich mit den Kolleginnen und Kollegen des ausgegründeten Bayer-Betriebsteiles BIS (Industrieservice) verbanden, die dort schon zum zweiten Mal gegen die Pläne zum Verkauf und zur Streichung von Tausenden von Arbeitsplätzen demonstrierten. Auf der Demonstration wurde der Vorschlag gemacht, eine „Bürgerversammlung“ zu besuchen, zu der am 16. 11. vom »Leverkusener Anzeiger« eingeladen wurde.

Nach dem Aufruf der Gewerkschaft, der Vertrauensleute und von Bayer-Betriebsräten war die Versammlung entsprechend „gut besucht“. Die Bürgerhalle war bis auf den letzten Platz besetzt. Auf dem Podium waren neben dem Geschäftsführer von BIS, einem



*Bürgerversammlung in Leverkusen, im Hintergrund Transparent der Klinikbeschäftigten*

Vertreter der IG BCE, noch der SPD-Oberbürgermeister Ernst Kuchler anwesend, der selbst im Aufsichtsrat des Klinikums sitzt.

In der Diskussion meldeten sich massiv Kolleginnen und Kollegen von Bayer und auch aus dem Krankenhaus zu Wort. Sie wiesen auf die unverantwortlichen Folgen der Pläne und Entscheidungen zur Arbeitsplatzvernichtung in der Industrie und im Öffentlichen Dienst hin. Insbesondere die Beschäftigten des Krankenhauses machten auch deutlich, welche Folgen die Gesundheitsreform für sie hat.

Auch ein Vertreter der Initiative um den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten für das Nein zur Gesundheitsreform konnte sich zu Wort melden. Über 140 Teilnehmer der Versammlung hatten zuvor schon bei den Kolleginnen und Kollegen, die den Offenen Brief verteilten, die Unterschriftenliste unterschrieben.

Er stellte an Kuchler die Frage: „Bist du bereit, nach dieser Versammlung den Kurt Beck anzurufen, um von ihm zu verlangen, dass die Gesundheitsreform zurückgenommen wird, damit das Klinikum gerettet wird?“ Und er ergänzte, in Richtung der anwesenden Kolleginnen und Kollegen: „Hier im Saal ist der Großteil aus Leverkusen. Ernst Kuchler ist der gewählte Oberbürgermeister. Ich stelle jetzt an alle hier die Frage: Wer ist dafür, dass Ernst Kuchler diese Forderung an die SPD-Führung stellt?“

Das Ergebnis war eindeutig: Praktisch alle Anwesenden hoben die Hand und stimmten dafür, dass Kuchler diesen Auftrag wahrnimmt. In seiner Antwort verwies Ernst Kuchler darauf, dass sich schon der Städtetag zur Gesundheitsreform geäußert habe, außerdem sei die Gesundheitsreform „nicht das A und O“.

Sicher ist es so, dass die geplante Gesundheitsreform nicht für alle Probleme des Klinikums verantwortlich ist, aber sie verschärft die Situation noch einmal und treibt die Krankenhäuser noch weiter in die Krise. Ist deshalb nicht die Ablehnung der Gesundheitsreform der erste Schritt, um die Krankenhäuser zu verteidigen?

**KORRESPONDENT**



*SPD-Oberbürgermeister Ernst Kuchler*

## **OFFENER BRIEF** an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Michael Sommer** **Für die vereinte Demonstration der DGB-Gewerkschaften in Berlin** **„Die Gesundheitsreform muss vom Tisch“**

**In einem Offenen Brief an den Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer, sowie an die Vorstände der Einzelgewerkschaften »Für die vereinte Demonstration der DGB-Gewerkschaften in Berlin - „Die Gesundheitsreform muss vom Tisch“ - Für das Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten« schreiben Kolleginnen der IG Metall und von ver.di aus Düsseldorf, darunter auch Mitglieder der AfA:**

»Du, Kollege Sommer, hast in Stuttgart erklärt: „Niemand kann von uns erwarten, dass wir tatenlos zusehen, wie die Interessen der kleinen Leute, der sozial Schwachen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, missachtet werden. (...) Wir (werden) uns weiter einmischen. Die heutigen Kundgebungen sind der Auftakt zu weiteren politischen Aktionen der Gewerkschaften und nicht ihr Ende.“

Das ist das, was die Kolleginnen und Kollegen erwarten.

Die Große Koalition will – gegen alle Widerstände – dieses Gesetz (und weitere) durchpeitschen. Sie entfaltet einen enormen Druck auf die Abgeordneten der SPD-Fraktion, die in bekannter Bastamania einer Koalitionstreue unterworfen

werden sollen, deren Preis die Zertrümmerung unseres Sozialsystems ist. Ist es in dieser Situation nicht absolut dringlich diejenigen aus der SPD-Fraktion, die sich gegen die „Reform“ wenden und wenden wollen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, damit „dieses Paket vom Tisch kommt“ – endgültig?

Muß nicht ... schnellstmöglich überall in Deutschland die umfassende Mobilisierung unserer Organisationen hergestellt werden, müssen nicht unsere Gewerkschaften alle Kolleginnen und Kollegen aufrufen, erneut, noch mächtiger als am 21. 10., für die Rücknahme dieser Antireform zu demonstrieren? Ist nicht heute die entsprechende Form, die unser Widerstand annehmen kann, der vereinte Marsch aller in den DGB-Gewerkschaften nach Berlin, damit dieses „Paket vom Tisch kommt“, das Millionen von uns aus der Gesundheitsversorgung katapultieren soll?«

**„Wir teilen diese Ansicht absolut“ –**

zahlreiche Gewerkschafter/-innen und SPD-Mitglieder aus der gesamten Republik haben sich inzwischen diesem Offenen Brief angeschlossen, darunter auch z.B. die ver.di-Vertrauensleute, JAV- und

Personalrats-Mitglieder des Klinikums Solingen. Sie haben selber an den DGB-Vorsitzenden geschrieben und erklären: „Wir können und dürfen nicht mehr hinsehen, wie unser Sozialsystem immer mehr abgebaut wird. Wir erwarten von unserem Gewerkschaftsverband einen stärkeren, wirksamen und dauerhaften Widerstand gegen den sozialen Kahl Schlag. Wir als Gewerkschafter müssen diese Missstände stoppen, bevor es zu spät ist.“

Der Vorstand der Gewerkschaft Transnet versichert in einer Antwort, dass er die im Offenen Brief vertretene Ansicht „absolut teilt“ und deshalb den Brief nochmals an Michael Sommer weitergeleitet habe.

**Unterstützt den Offenen Brief an Michael Sommer »Für die vereinte Demonstration der DGB-Gewerkschaften in Berlin - „Die Gesundheitsreform muss vom Tisch“ Für das Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten!«**

Der „Offene Brief an Michael Sommer“ kann unter

<http://www.soziale-politik-und-demokratie.de> („Aktuelle Texte“) oder über die Redaktionsadresse bezogen werden.

### **Düsseldorf: ThyssenKrupp Presta Steer Tec**

#### **Für die politische Entscheidung des Landtages von Nordrhein-Westfalen für das Verbot von Entlassungen und Betriebsschließungen**

#### **Nein zur Schließung des Düsseldorfer Werks!**

**Die Kolleginnen und Kollegen des Düsseldorfer Werkes von ThyssenKrupp Presta Steer Tec kämpfen für den Erhalt des Werkes, der Produktion und ihrer Arbeitsplätze.** Denn elf Jahre nachdem die Daimler-Benz AG beschlossen hat, die Lenkungsproduktion auszugliedern, drei Jahre nach der Übernahme der „Mercedes-Benz-Lenkungen GmbH“ durch ThyssenKrupp, droht rund 600 Kolleginnen und Kollegen die Werksschließung.

Damit geht der Prozess der Entindustrialisierung in Düsseldorf weiter, soll nach der Glashütte in Gerresheim im letzten Jahr, nach der Ankündigung von StoraEnso in Reisholz nun ein weiterer Industriebetrieb in Düsseldorf plattgemacht werden. In allen Fällen immer nach dem gleichen Muster: Jahrelang die Belegschaft unter Druck setzen und Zugeständnisse abpressen und dann Betriebschließung, Produktionsverlagerung, Hunderte in die Arbeitslosigkeit werfen.

Die Führung der Konzerne behandelt Tarifverträge nach Gutdünken. Mit der Übernahme der „Mercedes-Benz-Lenkun-

gen“ durch ThyssenKrupp wurden Verträge mit der DaimlerChrysler AG geschlossen. Nun will DaimlerChrysler einen gnadenlosen Wettbewerb unter den Zulieferern organisieren, den die Kolleginnen und Kollegen mit massiven Einbrüchen in ihre Tarifverträge bis hin zur Arbeitslosigkeit und Hartz IV bezahlen sollen. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen fordern deshalb, dass endlich gehandelt werden muss: Die Kolleginnen und Kollegen brauchen die politische Entscheidung des Landtages für das Verbot von Entlassungen und Betriebsschließungen. Denn diesem Treiben kann niemand noch länger zusehen.

Die Kolleginnen und Kollegen fordern:

**Der Produktionsstandort Düsseldorf muss erhalten bleiben! – Keinem darf der Arbeitsplatz genommen werden!**

**Vollständige Übernahme aller Kolleginnen und Kollegen sowie der Auszubildenden durch DaimlerChrysler und ThyssenKrupp unter voller Respektierung des bestehenden Tarifvertrages!**

Ausgehend von diesen Forderungen

diskutierte die AfA in Düsseldorf. In einer sehr engagierten Diskussion wurde deutlich, dass die AfA den Kampf der Belegschaften für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze politisch unterstützt.

Ein Genosse verwies auf den Fakt, dass bezogen auf StoraEnso klar sei, dass hier die Produktion zerstört werde, um den Preis für Papier hochzutreiben. Er betonte die Verantwortung der SPD für die Verteidigung der Arbeitsplätze, für die Verteidigung der Art. 9 und 15 GG und Art. 27 der Verfassung von NRW, wonach Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, in Gemeineigentum überführt werden sollen.

Auch andere betonten, dass die Verteidigung der industriellen Arbeitsplätze nur über den Weg der Verstaatlichung, also im Bruch mit der EU und der kapitalistischen Produktionsweise, realisiert werden kann. In der Bilanz der Ergebnisse der Vorruhestandsregelungen, der Ergän-

(Forts. S. 7 links)

Beate Sieweke (AfA Düsseldorf)

## Keine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten! Nein zum Kompromiss der ver.di-Verantwortlichen!

**Kurz nach der Föderalisierung der Regelungen zur Ladenöffnungszeiten wurde in Nordrhein-Westfalen durch die CDU/FDP-Landesregierung die erste Gesetzesinitiative zur Umsetzung der Anti-Reform eingebracht.**

**Die Föderalismusreform macht es möglich!**

Das Ladenschlussgesetz, bisher Bundesgesetz, jetzt auf die Länder übertragen, soll in Nordrhein-Westfalen noch vor Weihnachten quasi aufgehoben werden. Lediglich der Sonntag soll arbeitsfrei bleiben. Aber selbst dort sorgen diverse Lockerung und Ausnahmen dafür, dass die Geschäfte wesentlich häufiger öffnen können als bisher.

Karstadt in Düsseldorf hat bereits angekündigt, ihr Geschäft bis 22 Uhr zu öffnen.

Die meisten anderen Bundesländer, auch die mit SPD-Beteiligung, planen ähnliche Gesetzesänderungen. So sprach sich der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und heutige SPD-Vorsitzende im September 2004 für die Föderalisierung der Ladenschlussregelungen aus: „Wir wollen in unserem Land einvernehmliche Regelungen und werden die Kommunen, den Einzelhandel und die Gewerkschaften einbeziehen.“ (PM v. 21. 9. 2004)

### Düsseldorf: ThyssenKrupp ... (Forts. v. Seite 6)

zungstarifverträge usw. kamen verschiedene Genossinnen und Genossen zu dem Ergebnis, dass die Vorruhestandsregelungen einerseits bestenfalls individuelle Lösungen darstellen, die aber andererseits den jungen Arbeitern die Arbeitsplätze nehmen, und dass Ergänzungstarifverträge die Zerstörung der Flächentarifverträge bedeuten.

Da sie die Arbeitsplätze als Arbeitsplätze auch der Jugend betrachten, wurde schnell klar, dass der Kampf für die Verteidigung von Arbeitsplätzen und Produktion und ihre Verstaatlichung, notwendig sind, um die Existenzbedingungen aller, – der, die heute arbeiten und der, die demnächst arbeiten müssen –, zu verteidigen.

Die AfA in Düsseldorf wird den Kampf der Kolleginnen und Kollegen zur Verteidigung ihrer Betriebe unterstützen.

Bei einer Anhörung im Landtag von NRW protestierten Gewerkschafter gegen die geplanten Änderungen. Sie wiesen darauf hin, dass die geplante Gesetzesänderung ausschließlich den großen Konzernen und ihren Aktionären dient. Das Sterben der kleinen Geschäfte, die der Konkurrenz der Konzerne nicht gewachsen sind, wird sich weiter beschleunigen.

Welche Folgen hat dies für die KollegInnen im Einzelhandel? Es werden Schichtsysteme ausgeweitet werden, Nachtarbeit wird obligatorisch, das Wochenende verkürzt sich weiter.

Es ist bekannt, wie gesundheitsschädlich Nachtarbeit ist, und dass sie auf die gesellschaftlich wichtigen Bereiche beschränkt werden muss.

Die Tatsache, dass Ende 2006 der Manteltarifvertrag in Nordrhein-Westfalen ausläuft, verschärft die Situation noch einmal. Für den Einzelhandel rechnet sich die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten nur, wenn die Wochenarbeitszeit (z.B. auf 40 Stunden) verlängert wird, um Neueinstellungen zu vermeiden bzw. die Zuschläge zu Spät-, Nacht- und Wochenendarbeit gedrückt oder – als Einfallstor für Industriearbeiterschaft, Krankenhauspersonal, Stadtwerker, usw. – ganz gestrichen werden.

So gut, so klar. Deshalb sind die meisten Menschen gegen diese Verschlechterungen.

Ich bin seit mehr als 30 Jahren Gewerkschaftsmitglied im Einzelhandel und muss mich inzwischen doch über das Eingreifen von ver.di in dieser Frage wundern.

Stutzig wurde ich angesichts des Titels in der September/Oktober-Ausgabe von ver.di-Handel: „Mit Engagement für den freien Sonntag“. Frage: Was ist mit dem Rest der Woche? Der dem Titel folgende Artikel rückt diese Aussage zwar wieder etwas gerade, und ich habe mir gedacht, dass vielleicht nur der Titel schlecht gewählt war.

Am 21. Oktober, während der großen Demonstration, zu der der DGB aufgerufen hat, wurden Unterschriften unter einen Protestbrief an CDU-Ministerpräsident Rüttgers gesammelt. Die Forderungen in diesem Text heißen:

„– Entgegen Ihren Ankündigungen weisen Sie die Sonn- und Feiertagsarbeit erheblich aus.

– Per Gesetz schaffen Sie den bisherigen

Schutz vor gesundheitsschädlicher Nachtarbeit ab, ohne dazu Schutzregeln zu treffen.

– In Sonntagsreden hören wir von Ihrer Partei, der Schutz von Ehe und Familie sei Ihnen wichtig, und jetzt nehmen Sie den Familien gemeinsame freie Wochenenden.

– Wenn Sie sozial sein wollen, dann müssen Sie in Ihrem Gesetzentwurf den Arbeitsschutz und die Sicherheit der Einzelhandelsbeschäftigten entsprechend berücksichtigen.“

Mir geht es vor allem um die zweite Forderung. Umformuliert heißt sie meines Erachtens, wir akzeptieren die Nachtarbeit, verlangen nur von der Landesregierung, dass Schutzregeln geschaffen werden.

Der Begleittext führt dann auch eine Reihe von Schutzregeln auf: das Herausnehmen von bestimmten Personengruppen, wie Schwerbehinderte, Schwangere, Beschäftigte, die nach 20 Uhr nicht mehr nach Hause kommen, weil kein Bus mehr fährt, und einige mehr. Nachtarbeiter sollen nicht mehr als 8 Stunden arbeiten dürfen und danach 11 Stunden frei haben usw.

Das kann jetzt keine schlechte, missverständliche Formulierung mehr sein. Ver.di hat den Kampf gegen die Abschaffung der Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstagmorgen aufgegeben, toleriert also Öffnungszeiten rund um die Uhr an allen Werktagen, und hofft so, den Samstagabend und Sonntag zu retten.

Wieso geht die Gewerkschaft in dieser Frage einen Kompromiss ein? Es sind keine Tarifverhandlungen, es entscheidet allein die CDU/FDP-Landesregierung. Die Gewerkschaft ist nicht Teil dieser Regierung, sie ist nicht dazu berufen, einen die Rechte der Beschäftigten missachtenden Gesetzentwurf abzumildern. Es ist nicht Aufgabe einer Gewerkschaft, dabei zu helfen, dass aus einem Gesetz, das die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten massiv verschlechtert, ein Gesetz wird, das diese Bedingungen weniger massiv verschlechtert. Ihre Aufgabe ist einzig und allein, dafür zu mobilisieren, dass dieser Entwurf nicht Gesetz und der Versuch der Deregulierung zurückgewiesen wird.

Der Weg von ver.di in der Frage des Ladenschlussgesetzes ist falsch – er muss sofort geändert werden!



## Der SPD/PDS-Senat in Berlin „gibt bundesweit Startschuss für Freigabe des Ladenschlusses“

### Der Senat übernimmt erneut Pilotfunktion

„Die Hauptstadt hat die liberalsten Öffnungszeiten in Deutschland. Das Abgeordnetenhaus billigte eine Gesetzesnovelle des SPD/PDS-Senats. Danach dürfen ab Mitte November die Geschäfte an Werktagen rund um die Uhr öffnen, an den Adventssonntagen von 13 bis 20 Uhr.

Neben den Öffnungszeiten rund um die Uhr in der Woche darf der Senat vier verkaufsoffene Sonn- oder Feiertage im Jahr festlegen. Geschäfte können ferner zu besonderen Anlässen wie Jubiläen an weiteren zwei Sonn- und Feiertagen im Jahr von 13 bis 20 Uhr öffnen. Auch die Adventssonntage sollen verkaufsoffen werden. Mit bis zu zehn freien Sonntagen und keinerlei Einschränkungen unter der Woche verfügt die Hauptstadt über die mit Abstand liberalsten Ladenöffnungszeiten der Republik. Andere

Länder gehen nicht so weit. (...)“ (zit. nach »Berliner Morgenpost«, 9. 11. 2006)

Die Landesbezirksleitung von ver.di äußerte in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes ihre „Bedenken und absolutes Unverständnis“ dafür, „die Ausnahmen für die Sonntagsöffnungen auszuweiten“. Das verstößt „gegen das Verfassungsgebot des Schutzes der Sonn- und Feiertage“.

Außerdem machen die „längeren Werktagsöffnungszeiten Sonntagsöffnungen überflüssig“ (!).

Obwohl der Fachbereich Handel des Landesbezirks ver.di Berlin in einem Positionspapier vom 18. August 2006 warnt, dass die „Ausweitung der Öffnungszeiten weiteren Arbeitsplatzabbau, weitere Leistungsverdichtung, familienfeindliche Schichtarbeit, gesundheitsschädliche Nacharbeit (...)“ bedeutet und immer wieder vor einer Ausweitung der deregulierten Billigjobs gewarnt

wurde, hat die ver.di-Führung den Kampf gegen die Abschaffung von Ladenöffnungszeiten für die Werktage aufgegeben, wie die Kollegin Beate Sieweke in nebenstehendem Artikel (S. 7) festgestellt hat.

Dafür hat die ver.di-Führung kein Mandat von den GewerkschaftskollegInnen.

Noch drängender steht damit die Frage auf der Tagesordnung: Welchen Weg geht die Gewerkschaft?

Ist es ihre Aufgabe, die Prozesse der Deregulierung und Privatisierung als unausweichlich „zu begleiten und zu gestalten“ – oder ist sie die Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen zur Abwehr dieser Politik der Deregulierung, zur Verteidigung der Arbeitsbedingungen und des Flächentarifvertrages?

Diese Diskussion muss auch in Richtung des ver.di-Bundeskongresses im Herbst 2007 geführt werden.

CARLA BOULBOULLÉ

## Freigabe der Ladenöffnungszeiten belastet nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einzelhandel

**Ein aktuelles Beispiel dafür, dass die Polizei mit immer weniger Personal immer mehr Aufgaben bewältigen muss, ist die Freigabe der Ladenöffnungszeiten.**

Aufgrund des Personalmangels wird die Dienststärke der Polizei in Berlin ab 20.00 Uhr deutlich abgesenkt. In der Regel ist die Personalstärke auf die Einsatzsituation Berlin von 06.00 Uhr bis 20.00 Uhr ausgerichtet.

Bei einer Freigabe der Ladenschlüssen muss das Personal in einem Zeitraum von voraussichtlich 05.00 bis 24.00 Uhr eingesetzt werden, ohne dass dafür mehr Personal zur Verfügung steht. Das wird den Arbeitsdruck weiter erhöhen. Vor dieser Entscheidung haben sich Senat und Abgeordnetenhaus mit den damit zusammenhängenden offenen Fragen und eventuellen Auswirkungen nicht befasst. Die Polizei und andere betroffene Einrichtungen wurden vorher nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

Auch die Bezirksbürgermeister wurden nicht gefragt, ob ihre bezirklichen Ordnungsämter personell in der Lage sind, die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen.

Auch die Bundespolizei nicht, sie ist mit zuständig für die Sicherheit der Ein-

richtungen der S-Bahn. Sie müssen alle, auch wie die BVG und die Justiz, die zusätzliche Arbeit und die Zusammenarbeit „aus dem Stand“ ohne Vorbereitung koordinieren. Wie die Arbeitszeiten der Beschäftigten verändert werden müssen, ist ebenfalls nicht klar.

Die nachfolgenden Beispiele zeigen „ausrissartig“ die zusätzliche Arbeitsbelastung auf:

– Der Zeitraum für Ladendiebstähle verlängert sich auf 22.00 bzw. 24.00 Uhr. (...)

– Die Raubtaten werden zunehmen.

– In den Geschäften steht weniger Personal zur Verfügung. Das Sicherheitsrisiko nimmt zu. Die Polizei wird schneller und öfter gerufen.

– Die Qualität der Kriminalität wird sich verändern. Straftaten lassen sich zur Nachtzeit einfacher begehen.

– Es ist nicht abzusehen, ob BVG und S-Bahn ihre Sicherheitsmaßnahmen ausdehnen und verstärken können. (...)

– Die Ordnungsämter sind

personell nicht in der Lage, auf diese veränderte Situation zu reagieren. (...)

– Die Personalkosten für die Polizei werden aufgrund der Überstunden und der Zulagen für Nachtdienst ansteigen. (...)

**KLAUS EISENREICH (Stellv. AfA-Landesvorsitzender der SPD Berlin)**



Ver.di-Protest gegen Freigabe des Ladenschlusses



Volker Prasuhn (ver.di, SPD-AfA)

## ÖBS: Pilotprojekt für einen öffentlich geförderten Niedriglohnsektor

**Der „Einstieg“ in einen „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ (ÖBS) gilt für die Berliner Linkspartei.PDS als ein „Kernthema“, bei dem sie sich in dem Koalitionsvertrag für den künftigen Berliner SPD/PDS-Senat „sehr deutlich ... durchgesetzt“ habe – so die Linkspartei.PDS-Bundestagsabgeordnete Petra Pau in einem Interview mit dem »Tagesspiegel« vom 7. 11. 2006. Mehr noch: Mit diesem „Pilotprojekt“ könne Berlin „bundesweites Vorbild“ sein.**

Berlins alter und auch neuer Wirtschaftssenator Harald Wolf wird nun sein seit Dezember 2005 propagiertes Vorhaben „ALG II kapitalisieren“ als vermeintliche „Alternative zu den Ein-Euro-Jobs“ auf den Weg gebracht sehen (siehe hierzu die Stellungnahme zum Wolf-Vorschlag im Dossier des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Berlin in »Soziale Politik & Demokratie« Nr. 144 vom 31. 5. 06, Seite 9).

Bedeutungsschwanger versuchen sich Linkspartei.PDS-Vertreter mit diesem Berliner ÖBS-Projekt als Verfechter und Vorreiter für reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen für „Langzeitarbeitslose“ hinzustellen. Mit den Forderungen – vor allem aus gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen – nach im öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträgen bezahlten, sozialversicherungspflichtigen Stellen statt Ein-Euro-Jobs hat dieses „Projekt“ allerdings nichts gemein.

Nimmt man das, was als ÖBS im Koalitionsvertrag beschlossen wurde, unter die Lupe, erweist sich dieses „Pilotprojekt“ nicht nur als AlibiProjekt (für Harald Wolf ist es ein „identitätsstiftendes Projekt“ mit Blick auf die Wähler, die der PDS in Scharen davon gelaufen sind), sondern auch als tatsächlicher „Einstieg“ in einen öffentlich geförderten Niedriglohnsektor.

### Zahlen sagen mehr als tausend Worte

Zunächst ist interessant, über welche Zahlen hier geredet wird. Im Koalitionsvertrag heißt es, der Berliner Senat wolle ein „eigenes Programm mit ca. 2.500 Förderfällen auflegen“. Der Senat werde begonnene Pilotprojekte „als Alternative zu Ein-Euro-Jobs zu einem Programm ‚Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren‘ ausbauen“.

Dieser gleiche Wowereit/Wolf-Senat, der uns „2.500 Förderfälle“ im ÖBS-

Pilotprojekt verspricht, hat die Zahl der Ein-Euro-Jobs von Oktober 2005 bis Oktober 2006 um 3.300 „Arbeitsgelegenheiten“ auf mittlerweile 39.600 hochgeschraubt (davon allein 17.000 im Bereich des öffentlichen Dienstes der Stadt) und die Zahl der ABM/SAM um 4.400 auf 9.600. Aktuell befinden sich also 49.200 Menschen in Berlin in diesen befristeten Maßnahmen jenseits einer tariflichen Entlohnung – und die Linkspartei.PDS feiert ihre künftigen „2.500 Förderfälle“ als Erfolg, von denen bereits jetzt 600 mit dem dann integrierten Projekt „Stelle statt Stütze“ abgedeckt sind.

Diesem Senat soll künftig die Linkspartei.PDS-Abgeordnete Katrin Lompscher für das Ressort Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz angehören. Als Stadträtin im Bezirk Lichtenberg war sie ihrem Motto treu, „sich auf das zu konzentrieren, was wirklich möglich ist, und nicht irgendwelchen unrealistischen Idealen nachzuhängen“. So hat sie akzeptiert, dass im Bezirk Lichtenberg unter einer absoluten Linkspartei.PDS-Mehrheit von einst 306 Stellen im Grünflächenamt mehr als die Hälfte gestrichen wurden und aktuell 235 Ein-Euro-Jobber im Bereich der Grünpflege eingesetzt werden.

### ÖBS: „Pilotprojekt“ für die Ausweitung von Niedriglöhnen

Auch unter dem neuen Wowereit/Wolf-Senat werden über Ein-Euro-Jobs sowohl im öffentlichen Dienst wie im gesamten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Wohlfahrtsverbände Pflicht- und Regelaufgaben in großem Maßstab ausgeübt werden, wenn ihnen nicht in den Arm gefallen wird. Was in Berlins Schulen und Kitas, in Bibliotheken und Museen, in der Grünpflege und auf Friedhöfen, bei öffentlichen Sanierungsvorhaben und in sozialen Einrichtungen und Verbänden an Ein-Euro-Jobs existiert, sind keine „Zusatz-jobs“, sondern Verdrängungs-jobs! Und an diesem Kurs wollen Wowereit und Wolf im Namen der konsequenten Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung nichts ändern: Der beschlossene Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt, 150 Mio.

Euro bei den Personalkosten eingespart werden, die Flucht aus dem Tarifvertrag beibehalten und der „Stellenpool“ mit inzwischen mehr als 5.000 „Überhangbeschäftigten“ zu einem „Dienstleistungszentrum“ ausgebaut werden.

Die Beschäftigungsverhältnisse des ÖBS, die jetzt geschaffen werden sollen, werden als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für ALG-II-Empfangende von Harald Wolf und der Linkspartei.PDS wie ein Durchbruch gefeiert. Doch sie werden befristet sein (eine „mehrjährige Laufzeit haben“, wie es im



Demonstration in Berlin gegen Niedriglohn

Koalitionsvertrag heißt). Und die Entlohnung soll sich laut Koalitionsvertrag „an tariflicher Bezahlung orientieren“. Die Orientierung, die Wirtschaftssenator Wolf vorschwebt und seit fast einem Jahr propagiert, liegt bei 860 Euro netto monatlich. Mit ca. 6,70 Euro brutto liegt die Entlohnung unter dem niedrigsten Tarif im öffentlichen Dienst und auf dem Level der Vergütung in ABMs oder von ALG-II mit Zuverdienst aus einem Minijob oder Ein-Euro-Job. Natürlich werden ALG-II-Empfänger, denen ein solches ÖBS-Beschäftigungsverhältnis angeboten wird, dieses annehmen – in der Hoffnung, materieller Not und gesellschaftlicher Ausgrenzung zu entgehen. Aber deshalb bleibt dieses „Pilotprojekt“ ÖBS dennoch nichts anderes als ein weiterer Baustein in der Ausweitung des Niedriglohnsektors, dem der Beigeschmack von Zwang und Stigmatisierung, die jedem Ein-Euro-Job anhaftet, genommen werden soll.

### Auch der ÖBS verdrängt reguläre Stellen

Dieser ÖBS droht zugleich ein Instru-  
(Forts. S. 10)

ment des Ersatzes und Verdrängens von Arbeitsplätzen mit Regelaufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu werden – völlig analog zu den Ein-Euro-Jobs. So heißt es in der Koalitionsvereinbarung auf S. 49 für den Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin: „Für Serviceaufgaben sollen im Rahmen des ‚Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors‘ (ÖBS) sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.“ Nachdem alle bisherigen Versuche, in dem Bereich der BVG und der S-Bahn Ein-Euro-Jobs für „Serviceaufgaben“ zu installieren, fehlgeschlagen sind, sollen es nun die ÖBS-Stellen bewerkstelligen – unter dem Deckmantel sozialversicherungspflichtiger Stellen.

Doch zur gleichen Zeit laufen die Bestrebungen weiter, das Personal bei der S-Bahn, speziell auf den S-Bahnhöfen, abzubauen, den Kolleginnen und

Kollegen bei der BVG und der S-Bahn immer weiter gesteigerte Arbeitsbelastungen und Lohneinbußen zuzumuten.

Die sog. Ein-Euro-Jobs waren und bleiben nur die schlimmste Form der grassierenden prekären Beschäftigungsverhältnisse. Die Hartz-Gesetze der Schröder-Regierung haben dazu geführt, dass in immer mehr Unternehmen Arbeitnehmer in Billigjobs und Jobs mit kurzer Dauer, Teilzeitjobs, Mini- und Midijobs, Praktika, usw. arbeiten – Jobs, mit denen die Menschen nur ein Einkommen erzielen, von dem allein sie nicht mehr leben können (und deshalb ALG-II beantragen müssen). Auch bei den Vollzeitbeschäftigten arbeiten bereits 18 Prozent zu Niedriglöhnen.

Diese Entwicklung führt zum Unterlaufen und zur Zersetzung der Tarifverträge und zur Zerstörung der

sozialen Sicherungssysteme und der solidarischen Sozialversicherungen nach 1945. Und sie führt zu vollkommen unsicheren und deregulierten Arbeitsverhältnissen und Arbeit in Armut für breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung.

Diese Entwicklung muss wieder umgekehrt werden, damit reguläre Arbeitsverhältnisse geschaffen und die Errungenschaften des Sozialstaates in Deutschland bewahrt werden.

Es wäre eine Illusion zu glauben, der von der Linkspartei.PDS in Berlin propagierte „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ sei eine „Antwort“ auf Ein-Euro-Jobs. Nein, er fügt nur eine weitere Facette in die Palette von mehr oder weniger deregulierten Arbeitsverhältnissen, die auch dazu beitragen, den Abbau regulärer Stellen im gesamten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu kompensieren und voranzutreiben.

## BRIEF an den SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck „Unterschicht“ – Eine Realität, von der SPD mitgeschaffen

*Lieber Kurt Beck,*

als SPD-Mitglied muss man Dir dankbar sein, dass Du in der FAZ vom 09. 10. 06 die zunehmende Armut in unserem Land als „wachsende Unterschicht“ und zum Problem in unserer Gesellschaft erklärt. Nimmst Du doch, in Deiner Funktion als Parteivorsitzender, endlich offiziell wahr, dass der Riss, der durch unsere Gesellschaft geht, immer größer wird.

Die Frage ist nur, wie konnte es dazu kommen?

Hat nicht vor mehr als 140 Jahren die Unterschicht der Gesellschaft, damals die Klasse des Proletariats, sich hinter intellektuellen Führungspersonlichkeiten gesammelt und zur Verbesserung ihrer Situation die SPD ins Leben gerufen?

Hat nicht gerade die SPD in vielen Jahrzehnten hier zu Lande und in ganz Mitteleuropa einen Sozialstaat erkämpft, der in Deutschland sogar im Grundgesetz festgelegt wurde?

Aber hat nicht von 1998 an eine sozialdemokratische Regierung wesentlich dazu beigetragen, dass die Situation von abhängig Beschäftigten, Rentnern, Kranken und Menschen ohne feste Anstellung, Arbeitslose genannt, sich ständig dramatisch verschlechtert?

Hat sich nicht Kanzler Schröder dem Diktat der Maastricht-Kriterien unterworfen und gegen alle Widerstände in der SPD brutal die Zersetzung des öffentlichen Dienstes und der sozialen

Daseinsvorsorge durchgesetzt?

Hat nicht sein Minister Hans Eichel durch ein Steuergeschenk an Konzerne und Vermögende nach dem anderen die Einnahmen des Staates dramatisch gekürzt?

Hat sein Arbeitsminister Clement nicht daran mitgewirkt, dass Tarifverträge ausgehöhlt und Gewerkschaften geschwächt wurden, mit dem Ergebnis, dass heute die Löhne der Arbeitnehmer niedriger als 1991 sind, Arbeitszeiten wesentlich verlängert wurden und außer den Millionen ohne Beschäftigung, weitere Millionen heute in prekären Arbeitsverhältnissen leben?

Die Agenda 2010 und Hartz IV sind nicht den Erkenntnissen der Regierung Schröder zu verdanken. Sie sind Vorgaben der EU-Kommission, in den Verträgen von Nizza und Lissabon festgelegt. Schröder hat diese Richtlinien in deutsche Gesetze umgewandelt und dafür ein Viertel der Mitgliedschaft der SPD und seine Regierungsmacht geopfert.

Auch als die Menschen in unserem Land nach dem Scheitern der Regierung Schröder bei der Bundestagswahl durch ihr Votum klar zum Ausdruck brachten, dass sie diese Politik nicht wollen, ging die SPD eine große Koalition ein, um die verhängnisvolle Politik der EU weiter fortführen zu können. Auch die Ablehnung der sogenannten europäischen Verfassung, als Manifest der Deregulierung und des ungesteuerten Wettbewerbs in Europa, durch die Bürger Frankreichs

und Hollands trug nicht zur Veränderung der Politik hierzulande bei. Das plötzlich auf die Tagesordnung gesetzte Problem der Unterschicht ist die logische Konsequenz dieser Politik. In jeder Talkshow hörte man noch vor ein paar Jahren: „Aber wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse!“, dann haben wir sie eingeführt.

Ich arbeite ehrenamtlich in einer Einrichtung der evangelischen Familienbildung in Bad Soden am Taunus für Hartz-IV-Betroffene. Dort findet man Menschen, die vom Mittelstand direkt in die Unterschicht gerutscht sind. Bei uns sind Ingenieure, Banker, studierte Kaufleute, Facharbeiter, Erzieherinnen, kurz, alle haben eine hohe berufliche Qualifikation und doch nach Hunderten von Bewerbungsschreiben immer noch keine Arbeit, die sie ernährt. Ihre Verzweiflung mündet in Depressionen und Hoffnungslosigkeit. Sie erwarten nichts mehr von der Politik und erleben sie nur noch in Form von Schikanen durch die Ämter, weil diese ihnen auch noch die Almosen streitig machen, nur um dem allgemeinen Spardiktat Rechnung zu tragen.

So sieht die Realität ganz unten aus. Wir, die SPD, haben sie mit geschaffen (...).

*Mit solidarischen Grüßen*

**KLAUS WESEMANN (stv. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Frankfurt-Eschersheim, Mitglied der AfA des Unterbezirks Frankfurt/M.)**

## USA: Nach der großen Wahlniederlage für Bush und die Republikaner „Wir wollen diese Politik nicht mehr!“

**M**IT DEM Wahlergebnis in den USA zum Repräsentantenhaus und Senat haben die ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, das amerikanische Volk in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht: „Wir wollen Bush und seinen ‚endlosen Krieg‘ nicht länger, der ein Krieg gegen alle Völker und gegen die ArbeitnehmerInnen, die Jugend und das amerikanische Volk selbst ist!“

Der Verteidigungsminister Donald Rumsfeld musste sofort entlassen werden. Die Regierung Bush sieht sich veranlasst, über ihre internationale Strategie nachzudenken.

Die amerikanische und internationale Presse unterstreicht, dass es eine zweifache Ursache für diese Ablehnung gibt: das Nein zum Irak-Krieg und das Nein zur Politik der sozialen Zerstörung in den USA selbst.

„Die Frage des sozialen Sicherungssystems, die Haltung der Regierung während (...) und mehr als alles andere der Irak-Krieg“ waren nach Ansicht der »New York Times« (8. November 2006) die Hauptmotive für die Stimmabgabe.

Neben der Ablehnung des Krieges bestimmte z.B. die Wut über die Verachtung, mit der die Schwarzen als Opfer des Hurrikans Katrina behandelt wurden, das Ergebnis.



Präsident Bush entlässt Verteidigungsminister D. Rumsfeld

Es war ebenso das Nein zur Entlassungswelle in der Autoindustrie usw. Anlässlich der Wahl von Sherrod Brown, dem neuen demokratischen Senator von Ohio, weist die britische Kapitalistenzeitung »Financial Times« (11. November) auf den „Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe dieses Staates seit Bushs Regierungsantritt“ hin. Der neue Senator, schreibt die »Financial Times«, „hat die Wahl hauptsächlich mit diesem einzigen Thema gewonnen“.

Die Arbeiterschaft in den USA hat sich zusammen mit der Jugend und den am meisten unterdrückten Schichten

erhoben, um mit allem Nachdruck klar zu machen: Es muss Schluss sein mit dieser zerstörerischen Politik, im Irak wie zu Hause! Das erinnert an die Zeit des Vietnamkriegs. (...)

Die Botschaft ist klar: „Wir wollen diese Politik nicht mehr!“

Abgelehnt wird die Politik des US-Imperialismus, der überall mit eiserner Hand die ArbeitnehmerInnen, Völker und Nationen zum Verzicht auf ihre Souveränität zwingen will und mit dem eisernen Profitgesetz die „Kosten der Arbeit“ drücken will.

Abgelehnt wird die Kriegspolitik, die Irak in ein Leichen- und Ruinenfeld verwandelt, oder auch Palästina; abgelehnt wird die US-Politik in Bolivien, wo die US-Botschaft offen Komplote für die Abspaltung der Ölprovinzen schmiedet. Und die US-Politik in Mexiko, wo die US-Regierung durch massive Wahlfälschung den Präsidenten ihrer Wahl durchsetzen will...

Es ist noch zu früh, um sämtliche Folgen dieser Niederlage in den USA und weltweit erkennen zu können. Eines ist jedoch sicher, sie wird für alle ArbeitnehmerInnen und Völker zu einer großen Ermutigung im Kampf für die Verteidigung der Souveränität und ihrer Rechte.

KORRESPONDENT

## „Ablehnung von G. W. Bush, seiner Partei, seiner Politik und seines Krieges“ (»The Nation«)

### Aus der Presse

Die spanische Tageszeitung »El País« schreibt am 9. November: „Mit einer Wahlbeteiligung von 70% – eine Rekordzahl für eine Präsidentschaftswahl – haben die Wähler ein klares Nein zu George Bush gesagt (...). Obwohl die Europäer diese Wahlen hauptsächlich als ein Referendum gegen den Irak-Krieg und Bushs Kamarilla interpretieren, haben die Wähler noch andere nationale Themen (...): die Wirtschaft, der Schrecken von Katrina und seinen Folgen, und ein korrumpiertes Washington...“

In den großen Industriezentren von Pennsylvania und Ohio und im ganzen Mittleren Westen sind die Industrie-arbeitsplätze praktisch verschwunden, die wirtschaftliche Lage der Mittelklassen und Arbeitnehmer ist schwer angeschlagen. Wenn die Familien kein normales Leben führen können, ihre Kinder nicht auf die Universität schicken kön-

nen, wenn sie in einem Land ohne funktionierendes und sicheres nationales Gesundheitswesen leben, und sie andererseits die Meldungen über politische Korruption und Unterschlagung von Millionen Dollar lesen, reagieren sie mit Wut.“

### Entscheidend war das Abstimmungsverhalten der Jugendlichen, Schwarzen und Hispanos

Am 10. November unterstreicht die gleiche Zeitung: „Entscheidend war das Abstimmungsverhalten der Jugendlichen (...). Die Umfragen zeigen, dass die jungen Amerikaner angetrieben vom Irak-Krieg an die Wahlurnen geströmt sind, in seit über 20 Jahren unerreichter Zahl bei Kongresswahlen.“

Für den »San Francisco Chronicle« (8. November) haben „über zwei Millionen Jugendliche mehr an der Wahl teilgenommen. Weil sie natürlich sehr

wütend auf den Kurs sind, den Präsident Bush dem Land verpasst hat. Sie wollen eine Veränderung.“

Die spanische Zeitung berichtet nach einer genauen Untersuchung der Ergebnisse, dass 73% der hispanischen Wähler gegen die Republikaner, gegen den Krieg und gegen die „einwandererfeindliche Hysterie, die von den radikalsten Flügeln der Partei von G. W. Bush verbreitet wird“, gestimmt haben.

Eine statistische Analyse auf der gleichen Zeitungsseite zeigt, dass die amerikanischen Frauen zu 56% gegen Bush gestimmt haben (ganz besonders die Mütter, die sich Sorgen um ihre vom Irak-Krieg bedrohten Kinder machen). Die Schwarzen haben ihrerseits zu 89% gegen Bush gestimmt.

Nach der gleichen Umfrage war für 68% aller Wähler der Irak-Krieg ein „äußerst wichtiger“ oder „sehr wichtiger“ Grund für ihre Stimmabgabe; für 74% waren es die Korruption; für 83% die Wirtschaft.

## Zweihundert US-Soldaten fordern den Rückzug aus dem Irak

Zum ersten Mal seit Beginn der Invasion in den Irak sind es nicht allein Familien von Soldaten, Veteranen oder Reservisten, sondern 200 Soldaten im aktiven Dienst im Irak, die sich an die Abgeordneten des US-

Kongresses wenden, um das Ende der militärischen Besetzung Iraks zu fordern.

Dieser Aufruf wird den Mitgliedern des Repräsentantenhauses und des Senats im Januar 2007 am Gedenktag für Martin Luther King überreicht.

Die Petition beginnt mit den Sätzen: „Ich bin ein patriotischer Amerikaner und stolz, meinem Lande in Uniform zu dienen. Ich bitte respektvoll meine politischen Führer, die Mitglieder des Kongresses, sich für einen schnellen Rückzug aller US-Streitkräfte und aller Militärbasen aus dem Irak auszusprechen. Ein Verbleib im Irak ist nicht möglich. Und er ist den Preis nicht wert. Es ist Zeit, dass die US-Truppen nach Hause gehen.“

Technisch gesehen ist es keine Petition, sondern unter Respektierung der militärischen Zwänge ein Appell, der einzeln unterzeichnet wird. Inhaltlich indessen ist diese Initiative die erste kollektive Aktion aktiver Soldaten, die den Rückzug fordern.

Sie beziehen sich dabei auf ein Gesetz, das es den Soldaten erlaubt, im eigenen Namen mit Kongressmitgliedern zu kommunizieren, wenn es um Aktionen geht, die sie für ungesetzlich oder als Verstoß gegen die US-Verfassung beurteilen.

Der Appell nennt mehrere Gründe als Rechtfertigung für ihr Ersuchen: die Kosten für die Steuerzahler (s. Kasten

über die „Kosten des Irak-Kriegs“), die Verluste an Menschenleben (allein im Oktober 2006 hatten die US-Truppen über 100 Tote zu beklagen), und „die Leiden des irakischen Volkes“. - c.b.

### Arbeiterlöhne in den Boden gestampft

Die Reallöhne sind in den letzten Jahren dagegen gesunken. Während eine Berechnung des Durchschnittslohns zeigt, dass diese praktisch seit 2001 nicht gestiegen sind, hat die Produktivität in der gleichen Zeit um fast 20% zugelegt. Während „die Profite der Firmen Spitzenwerte erreichen“, wie es ein anderer Artikel in »The Economist« unterstreicht, werden die Arbeiterlöhne in den Boden gestampft.

Mit anderen Worten, der „weltweite Krieg gegen den Terrorismus“, der Krieg gegen die Völker, ist auch der Krieg gegen das Volk und die ArbeitnehmerInnen in den USA. Wer nicht durch den gigantischen Strukturwandel in den wichtigsten Branchen der US-Industrie (wie z.B. die Autoindustrie) von seinem Arbeitsplatz verjagt wurde, leidet unter Überausbeutung.

Im Ergebnis leben heute offiziell 36 Millionen Arme in den USA (20% mehr als vor vier Jahren), und 46,6 Millionen US-Bürger haben keine soziale Absicherung.

### Die Kosten des Irak-Krieges: Vierfache Kosten dessen, was eine Krankenversicherung für alle Amerikaner zehn Jahre lang betragen würde

„Eine Minute im Irak: 380 Dollar“ hieß eine Artikelüberschrift in der »New York Times« vom 25. Oktober. Jede weitere Minute der Besetzung und Intervention verteuert also die Rechnung, die am Ende den amerikanischen Steuerzahlern präsentiert wird.

Heute wurde in Studien herausgefunden, dass die Ausgaben für den Irak-Krieg auf mehr als 1000 Milliarden, d.h. 1 Billion, wahrscheinlich sogar auf mehr als 2 Billionen angewachsen ist. Diese Summe bedeutet 6.000 Dollar pro Amerikaner. Der o.g. Artikel fügt hinzu:

„Um eine Vorstellung zu vermitteln, was diese Summen darstellen, muss man wissen, dass sie das Vierfache der Gesamtsumme sind, die notwendig wäre, um zehn Jahre lang eine Krankenversicherung für alle amerikanischen Bürger, die jetzt keine haben, zu garantieren.“

## MEXIKO: Die Polizei verfolgt die Anführer der Protestbewegung in Oaxaca

### Letzte Nachrichten

Die Anführer der Oppositionsbewegung, die den Rücktritt des Gouverneurs des Bundesstaates Oaxaca im Süden Mexikos fordern, sind vor kurzem verhaftet worden.

„Von jetzt an beginnt eine spezielle Operation in Oaxaca (...). Wir werden diejenigen ergreifen, gegen die ein Haftbefehl vorliegt. In dieser Stadt haben wir die Toleranzgrenze erreicht“, sagte der Kommandeur der Präventiven Bundespolizei (PFP).

Herr Vargas fügte hinzu, dass die vor einem Monat nach Oaxaca verlegten Einheiten der Bundespolizei von Sondertruppen abgelöst wurden.

Am Samstag, den 25. 11., kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Demonstranten mit über 40 Verletzten und 140 festge-

nommenen Protestierern.

Am Montag, den 27. 11., hat die Polizei eine Demonstration verboten, zu der die Volksversammlung der Völker von Oaxaca (APPO) aufgerufen hatte.

„Die Bevölkerung von Oaxaca wird friedlich bis zum Sturz des Tyrannen kämpfen“, versprach der APPO-Sprecher Florentino Lopez.

Seit sechs Monaten mobilisieren sich die LehrerInnen und Volksorganisationen für die Forderung nach dem Rücktritt des Gouverneurs Ulises Ruiz, dem Korruption und polizeiliche Unterdrückung vorgeworfen werden. Dreizehn Demonstranten wurden getötet, darunter ein unabhängiger amerikanischer Kameramann.

Die Demokratische und unabhängige Arbeitnehmerpartei Mexikos, die die Bewegung des PRD-Kandidaten

Lopez Obrador gegen die Oligarchie unterstützt, die ihm durch Betrug seinen Wahlsieg im letzten Juli in der Präsidentschaftswahl rauben will, hat einen Aufruf veröffentlicht: für „eine sofortige Regierung Obrador“, um Schluss zu machen mit der Unterdrückung, Schluss mit dem System der Ruiz und Co., und für die Souveränität der Völker. - c.b.

Obrador definierte die 20 Regierungsmaßnahmen, für die der Kampf geführt werden müsse, darunter „das Verbot der Privatisierung der Strom- und Erdölindustrie, in welcher Form auch immer. Die Erdölindustrie gehört der Nation und ist unverkäuflich, sie muss verteidigt werden.“